

Sanierungen | 1,5 Millionen Franken dieses Jahr für Sanierung der 100 kantonseigenen Gebäude

Diverse Kantonsbauten erhalten im Sommer eine Auffrischung

Während den Sommermonaten Juli und August werden im Auftrag des Amts für Hochbau an mehreren kantonalen Liegenschaften Unterhalts- und Sanierungsarbeiten ausgeführt. Die Arbeiten richten sich nach der neuen Immobilienstrategie des Kantons und dienen auch der Werterhaltung der Gebäude, schreibt die Baudirektion Uri.

Dachgeschoss wird umgebaut
So wird im Rathaus das Dachgeschoss umgebaut, die WC-Anlage erweitert, der Lift ersetzt und neu bis ins 3. Obergeschoss geführt. Bei den Bildungsstätten werden in der Kantonalen Mittelschule nebst diversen kleineren Sanierungsarbeiten im ehemaligen Lehrerseminar zusätzliche WC-Anlagen geschaffen. Im Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ) wird im Altbau 1960 (Trakt A) die Beleuchtung im Korridor durch LED-Beleuchtung ersetzt. Bereits umgesetzt werden konnte die Sanierung des Parkplatzes bei der Bauernschule in Seedorf.

1,5 Millionen Franken für Sanierungsarbeiten
Die Gesamtkosten der Unterhalts- und Sanierungsarbeiten in den rund 100 kantonseigenen Gebäuden betragen laut Mitteilung dieses Jahr rund 1,5 Millionen Franken



Im Rathaus wird das Dachgeschoss umgebaut, die WC-Anlage erweitert und der Lift ersetzt. FOTO: ARCHIV UW

und werden zu einem Grossteil von Urner Unternehmen ausgeführt. Die Arbeiten richten sich nach den Leit- und Grundsätzen der neuen Immobilienstrategie des Kantons, die der Landrat an der Session vom 20. Mai zur Kenntnis genommen hat. Die Immobilienstrategie des Kan-

tons Uri ist ein Strategiepapier. Die Baudirektion nimmt mit diesem Papier ihren Grundauftrag wahr, die Werterhaltung und Funktionsfähigkeit der kantonalen Liegenschaften professionell, langfristig und mit einer übergeordneten Strategie vorzunehmen. Die Immobilienstrategie lehnt sich an die

geltende Praxis an. Die Strategie umfasst diverse strategische Leit- und Grundsätze, Handlungsfelder und Massnahmen. Sie kommt in den nächsten 15 Jahren zum Einsatz. Sie wird mit den bestehenden Ressourcen umgesetzt, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. (UW)

SESSION IN BERN

Parlament sprach Beiträge für J+S-Aktivitäten

Nach der ausserordentlichen Corona-Session im Mai kehrte nun während der dreiwöchigen Sommersession wieder etwas Normalität im Ratsbetrieb ein. Für mich als neu gewähltes Mitglied des eidgenössischen Parlaments wird das Politisieren in Bern zudem immer spannender. Denn nun kamen die ersten Geschäfte in den Rat, die ich in der vorberatenden Kommission selbst mitgestalten konnte.

J+S-Gelder werden dennoch ausbezahlt
Die Corona-Krise war aber auch in den ersten drei Juni-Wochen bei vielen Geschäften noch immer präsent. Noch immer hatten wir uns mit Krediten zu befassen, welche die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns abfedern sollen. Was mich besonders freute: Das Parlament sprach unter anderem auch Beiträge für die Aktivitäten von Jugend und Sport (J+S) – und dies obwohl im Frühjahr praktisch sämtliche Jugend- und Sportvereine ihre Angebote und Kurse nicht durchführen konnten und somit keinen Anspruch auf die Beiträge hätten. Doch im April hatte ich in der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) den Antrag gestellt, diese ohnehin budgetierten Beiträge

dennoch auszubezahlen. Denn viele Vereine sind auf die J+S-Gelder dringend angewiesen, viele Kosten – etwa für die Hallenmiete oder Versicherungen – fielen auch während des Lockdowns an.

Konzernverantwortungsinitiative: Parlament verpasst Chance
Viel zu reden gab in Bundesbern in den vergangenen Wochen die Konzernverantwortungsinitiative. Sie geniesst in weiten Bevölkerungskreisen grosse Sympathien. Leider haben es Stände- und Nationalrat verpasst, mit dem Vorschlag des Nationalrates, den ich voll unterstützt habe, der Initiative einen griffigen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Bei einem guten Gegenvorschlag wären die Initianten sogar bereit gewesen, ihre Initiative zurückzuziehen. Doch der nun vom Parlament verabschiedete Vorschlag wirkt zahnlos, daher werden jetzt die Messer für eine hitzige Abstimmungsschlacht gewetzt. Damit droht, dass sich die Geschichte der sogenannten «Abzocker-Initiative» von 2013 wiederholen könnte. Damals hatte das Parlament ebenfalls eine Volksinitiative nicht richtig ernst genommen und es verpasst, einen für die Initianten akzeptablen Gegenvorschlag zu präsentieren. Parlament und Bundesrat erlebten deshalb am Abstimmungssonntag ein böses Erwachen. Ich hoffe daher nun auf einen fairen Abstimmungskampf, in dem sich die Bevölkerung selbst eine Meinung bilden kann.

Zivildienst und Armee gehören zusammen
Ebenfalls hoch gingen die Wogen in der Diskussion um den Zivildienst. Das Parlament lehnte das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) in der Schlussabstimmung am vergangenen Freitag ab. Damit hätten zusätzliche Hürden eingebaut werden sollen, um den Dienstpflichtigen den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Ich bin überzeugt, diese Vorlage hätte uns einen hässlichen Abstimmungskampf beschert, und das hätte niemandem etwas genützt. Persönlich habe ich Mühe damit, dass Zivildienst und Militär im Jahr 2020 noch immer gegeneinander ausgespielt werden, dabei übernehmen beide Systeme genau gleich sinnvolle Aufgaben für die Allgemeinheit. Gerade die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die junge Bevölkerung mit und ohne Uniform bereit ist, sich für die Allgemeinheit einzusetzen. Polemik um die beiden Systeme ist daher fehl am Platz. Meines Erachtens ist es an der Zeit für eine ernsthafte Diskussion zur Weiterentwicklung des schweizerischen Milizsystems mit den drei Pfeilern Armee, Zivildienst und Zivildienst. Diese drei Bereiche haben ein riesiges Potenzial, das wir nutzen müssen. Armee, Zivildienst und Zivildienst gehören für mich zusammen. Ein starker Zivildienst und eine bestandsmässig starke Armee sind denn auch kein Widerspruch. Daher werde ich mich, ob-

wohl ich gegen das neue Ersatzdienst-Gesetz gestimmt habe, nun für die Beschaffung der neuen Kampffjets einsetzen.

CO₂-Gesetz muss Berggebiet berücksichtigen
Die Revision des CO₂-Gesetzes war ein weiteres wichtiges Geschäft. Für mich ist eine nachhaltige Klimapolitik wichtig. Wir brauchen ein griffiges und gleichzeitig ausgewogenes Gesetz. Mit ausgewogen meine ich beispielsweise, dass wir als Vertreter des Berggebietes auch unsere besonderen Verhältnisse berücksichtigen müssen. Ein wichtiger Entscheid dieser Session war die Zustimmung zu Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose. Denn ältere Personen, die ihre Stelle verlieren, haben oft Schwierigkeiten, überhaupt noch einen Job zu finden – und dies, obwohl sie das ganze Leben lang ausgezeichnete Arbeit geleistet hatten. Diesen Personen soll nun mit Überbrückungsleistungen geholfen werden. Personen, die nach dem vollendeten 60. Altersjahr keinen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung mehr haben, sollen nun eine Überbrückungsleistung bis zum ordentlichen Pensionsalter erhalten. Für diese Überbrückungsleistungen habe ich mich trotz meines jungen Alters besonders eingesetzt, denn Entscheide wie dieser stärken den Generationenzusammenhalt.

Simon Stadler, Nationalrat

PERSÖNLICH



Erleichterung mit neuer Normalität

Mit der weiteren Lockerung der Corona-Massnahmen hat der Bundesrat bei vielen eine grosse Erleichterung ausgelöst. Wir alle haben gehofft, dass diese Schritte endlich vollzogen werden können. Wir dürfen uns frei bewegen, können wieder Veranstaltungen und Restaurants besuchen sowie Freunde zum Essen einladen. Soweit alles wunderbar. Wir alle sind aber angehalten, weiterhin eigenverantwortlich die 1,5-Meter-Abstandsregel, die Hygienrichtlinien und die Empfehlungen bezüglich Tragen einer Schutzmaske einzuhalten. Dies ist nun die neue Normalität. Wie lange sie andauern wird, hängt vom Verhalten von uns allen ab, aber auch von einem Durchbruch in der medizinischen Behandlung von Covid-19. Auch in der SBU war das Aufschauen am 1. Juni besonders gross. Endlich durften wir wieder alle Bewohnerinnen und Bewohner ohne Isolationsmassnahmen in unseren Wohngruppen begrüßen. Alle Mitarbeitenden durften wieder an ihre angestammte Arbeit zurückkehren. Ein grosses Stück unserer gewohnten Normalität ist wieder eingekehrt. Wir dürfen endlich wieder alle Angehörigen mit unseren Dienstleistungen entlasten. Sie leisteten in der Zeit der Corona-Pandemie Ausserordentliches. Mit dieser selbstlosen Unterstützung haben sie der SBU enorm geholfen diese anspruchsvolle Zeit positiv zu überstehen. Wir freuen uns alle über die neu gewonnenen Freiheiten und lernen mit den immer noch vorhandenen Einschränkungen zu leben. Dass wir zurzeit eine neue Normalität leben, zeigen auch die drei nachfolgenden Aussagen aus der SBU: Ein Bewohner hat mich in der letzten Woche gefragt: «Thomas, wann darf ich wieder meine Mitbewohner umarmen?» Ein Bewohner hat mir von ihren Ausflugsplänen erzählt und gemeint: «Mache dir keine Sorgen ich trage im Bus und Bahn immer eine Maske.» Eine Mitarbeiterin hat über das ständige Desinfizieren der Hände geklagt. «Die machen meine Haut spröde. Darum muss ich immer Handcreme bei mir haben.» Wir alle sind weiterhin gefordert die Freiheiten mit Vorsicht zu geniessen. Bleiben Sie vorsichtig und gesund.

Thomas Kenel
Thomas Kenel ist Geschäftsführer der Stiftung Behindertenbetriebe Uri.